

Moritz Suter streicht Stellen bei der «Basler Zeitung»

Francesco Benini

Bei der «Basler Zeitung» werden in der kommenden Woche Kündigungen ausgesprochen. Über das Ausmass des Stellenabbaus kursieren unterschiedliche Angaben. Laut einer Quelle könnten zehn Stellen aufgehoben werden.

Verleger Moritz Suter erklärte der «NZZ am Sonntag» vor zwei Wochen, seine Kreditgeber wollten, dass das Unternehmen schnell saniert werde. Suter sagte nicht, wer ihm das Geld für den Kauf der Basler Zeitung Medien gegeben hat. Er selber wendete nach eigenen Angaben nur wenig mehr als eine Million Franken auf. In einem Brief an einen Abonnenten der «Basler Zeitung» schreibt Suter, das Medienunternehmen habe Schulden in der Höhe von 106 Millionen Franken.

Die Redaktion der «Basler Zeitung» hat die Nachricht vom Stellenabbau mit Ernüchterung zur Kenntnis genommen. Für zusätzliche Bitterkeit sorgt dabei eine Aktion Moritz Suters: Er startete in der Samstagsausgabe des Blattes eine Sammlung für das Theater Basel, das nach einem negativen Abstimmungsentscheid im Kanton Basel-Landschaft von finanziellen Sorgen geplagt ist. «Wir sammeln die Millionen», kündigt Suter in einem Interview mit dem eigenen Blatt an. Ein Redaktor spricht von einem «unsäglichen Kasperletheater» – Suter solle sich um das eigene Unternehmen kümmern, statt sich als Retter der städtischen Bühnen aufzuspielen.

Das Komitee «Rettet Basel», dem sich 18 700 Personen angeschlossen haben, reicht nun eine Petition beim Presserat ein. Das Komitee will wissen, wer die Geldgeber der Basler Zeitung Medien sind. Die Journalisten des Unternehmens hätten ein Recht darauf, zu wissen, für wen sie arbeiteten.

SVP-Strategie Christoph Blocher ist immer noch wütend darüber, dass sich die Basler Zeitung gegen seinen Einfluss auf die Basler Zeitung Medien wehren. Auf «Tele Blocher» bezeichnete Blocher diese Woche Basel als «eine ganz kleinkarierte Stadt». Basel sei ein Dorf.



E-Mail der Woche

Von: schweiz.sonntag@nzz.ch
Gesendet: Freitag, 18. Febr. 2011, 9:41
An: fiala@fiala.ch
Betreff: Summa cum laude

Guten Tag, Frau Fiala
Der Fall des deutschen Verteidigungsministers zu Guttenberg zeigt: Wer einen Dokortitel will, braucht nur aus der «NZZ am Sonntag» abzukupfern. Nachdem Sie kürzlich ihre Masterarbeit an der ETH abgeschlossen haben, bieten wir Ihnen für eine Dissertation gerne Texte aus unserer Zeitung an. Welcher Teil darf's denn sein: das Inland, der Hintergrund oder der Stil-Bund? Mit summa cum laude
Ihre NZZ am Sonntag

Von: fiala@fiala.ch
Gesendet: Samstag, 19. Febr. 2011, 11:50
An: schweiz.sonntag@nzz.ch
Betreff: AW: Summa cum laude

Besten Dank für Ihr grosszügiges Angebot, mir mitten im Wahljahr zu einem Dokortitel verhelfen zu wollen. Eine Dissertation steht zurzeit allerdings nicht an. Meine Masterarbeit war nebst Beruf und Politik Kraftakt genug. Mit einem Schmunzeln zitiere ich gerne ein spanisches Sprichwort: «Hay amores que matan!» Frei übersetzt: «Es gibt Sympathie- und Hilfeangebote, die einen umbringen?» Dafür liebe ich die Politik noch zu sehr. Wenn ich Bedarf für einen persönlichen Skandal sehe, komme ich gerne auf Sie zu.
Doris Fiala, Nationalrätin FDP



Smartvote will den Wählern die Qual der Wahl abnehmen, doch die Politiker tun sich zunehmend schwer mit dem Online-Dienst. Im Bild Wahlplakate in Liestal (BL). (6. 2. 2011)

Smartvote gerät in die Kritik der Parteien

Immer mehr Politiker bezweifeln die Aussagekraft der Online-Wahlhilfe

Die Online-Hilfe Smartvote will aufzeigen, wo Politiker stehen. Doch das Verfahren ist anfällig für Manipulationen. Die Kritik der Parteien wächst.

Katharina Bracher

Die zwei Profile könnten von zwei unterschiedlichen Politikern stammen. Doch sie gehören zu ein und derselben Person. Sie zeigen, wo SP-Nationalrat Mario Fehr gemäss der Online-Wahlhilfe Smartvote politisch steht beziehungsweise vor vier Jahren gestanden ist. 2007 hat Fehr für die Nationalratswahlen einen Fragebogen ausgefüllt. Vier Jahre später – als Regierungskandidat für den Kanton Zürich – füllte er wieder einen Fragebogen aus. Der entstandene Smartspider – wie das politische Profil heisst – zeigt markante Abweichungen nach rechts (siehe Grafik). Hat Fehr sein Profil bewusst angepasst, um bei den Wahlen bei den bürgerlichen Wählern zu punkten? – Diesen Verdacht weist der Regierungskandidat empört von sich: «Ich war selbst verblüfft über das Ergebnis», sagt er. Die Fragebogen seien aber dertart unterschiedlich, dass man «Äpfel mit Birnen» vergleiche.

Ein genauer Blick auf die Fragebogen zeigt, dass die Auswahl der sach-

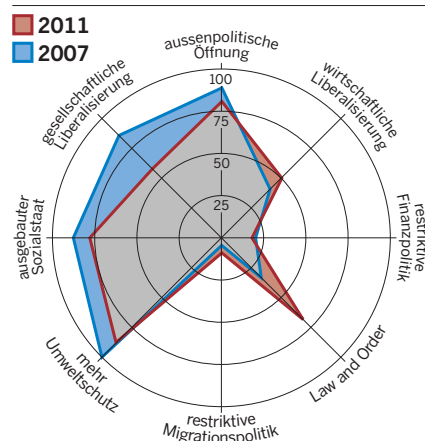
politischen Themen das Aussehen des Smartspiders tatsächlich stark verändern kann. 2007 hatte Fehr zum Thema «Law and Order» Fragen zur Jugendkriminalität, zu Vorschriften im Strassenverkehr, zu präventiver Überwachung und Vandalismus und zur Abschaffung der Wehrpflicht zu beantworten. Dieses Jahr ging es zusätzlich um die Ausschaffungspraxis, um illegale Prostitution, Vandalismus und die Aufstockung der Zürcher Kantonspolizei. Fehr befürwortete die Aufstockung der Zürcher Kantonspolizei und sagte Ja zu Strafen für Freier, die Dienste illegaler Prostituierten in Anspruch nehmen. Bereits diese beiden Fragen rückten den Sozialdemokraten näher an den rechten Rand des politischen Spektrums, als ihm selbst lieb ist.

Wirkung der Antworten testen

Fehr steht mit seinem Unbehagen nicht alleine da. Auch die Parteien kritisieren Smartvote offen. Seit die Online-Wahlhilfe 2003 aufgeschaltet wurde, haben die spinnenförmigen Diagramme rasch an Bedeutung gewonnen. Kein Kandidat kann es sich heute leisten, ohne Smartvote in den Wahlkampf einzusteigen. Der Popularitätsschub ist auch den Medien zu verdanken, die zur Illustration ihrer politischen Berichterstattung Smartspiders verwenden. Das Beispiel Mario Fehr

Rechtsrutsch

Mario Fehrs politische Positionen 2007 und 2011 gemäss Smartvote



Quelle: Smartvote

veranschaulicht gut, woran sich die Kritik der Parteien entzündet. «Der Smartspider verhält sich extrem volatil», sagt SP-Präsident Levrat. Darum sei es für manche Politiker normal, vorher einen Test-Fragebogen auszufüllen, um die Wirkung ihrer Antworten zu prüfen. «Eine Tendenz zur Mitte erreicht man zum Beispiel problemlos, in dem man «eher nein» statt «nein» und «eher ja» statt «ja» anwählt», sagt Le-

vrat. Auch die CVP hat ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Auswahl der Fragen schein zufällig, sagt Pressesprecherin Marianne Binder. «Mich erinnert der Fragenkatalog ein wenig an diese Charaktertests in Zeitschriften. Man weiss nie, wohin die Reise geht.» Wofür die acht Achsen stehen, sei nicht klar. «Wenn ich gegen Kiffen bin, aber für das Rauchen in Restaurants, bin ich dann liberal, rechts, links?»

Smartspider noch auf Parteilinie?

Auch bei der SVP ist man skeptisch. «Die Fragestellungen und die Undifferenziertheit der Antworten sind ein klarer Mangel», sagt die stellvertretende Generalsekretärin Silvia Bär. Politiker würden ausserdem ihr Profil anpassen, um ihre Wahlchancen zu verbessern. In diesem Punkt gibt ihr sogar der politische Gegner recht: «In allen Parteien gibt es Politiker, die den Fragebogen gemäss der gewünschten Positionierung ausfüllen», sagt Levrat.

Zur Ehrlichkeit kann Smartvote die Politiker nicht zwingen. Die Profile aus verschiedenen Wahlen zu vergleichen sei aber sinnlos, sagt Daniel Schwarz von Smartvote. «Der Smartspider visualisiert lediglich, wie jemand grundsätzlich tickt.» Welcher der beiden Smartspider besser beantwortet, wo Nationalrat Mario Fehr steht, bleibt damit aber offen.

Schwyzerdütsch ist für Lokführer Pflicht

Die SBB bieten die Ausbildung zum Teilzeit-Lokführer nur auf Schweizerdeutsch an. Die Beherrschung der Mundart sei sicherheitsrelevant.

Katharina Bracher

Fast jeder Platz war besetzt, als am letzten Donnerstagabend die SBB in Zürich über den neuen Lehrgang zum Teilzeit-Lokführer informierten. Der Mann, welcher den Referenten mit einer Frage bereits in den ersten Minuten aus der Fassung bringen sollte, war etwas spät gekommen und schob sich mit einem leisen «Excusez-moi» durch die hintersten Stuhlreihen, bevor er sich setzte und gleich darauf die Hand in die Höhe streckte. «Könnten Sie bitte Hochdeutsch sprechen?», bat er die Referentin. «Nein», beschied der Ausbildungschef, der ebenfalls anwesend war, in barschem Ton. «Wenn Sie schon jetzt damit Mühe haben, dann wird es schwierig, denn der Lehrer

Christian Ginsig

«Für das Erlernen des technischen Vokabulars ist ein gutes Sprachverständnis unabdingbar», sagt der SBB-Sprecher.



wird in der Ausbildung auch Schweizerdeutsch sprechen.» Worauf der Bittsteller verblüfft schwieg. Die Veranstaltung ging in Dialektsprache weiter, als ob nichts passiert wäre.

Die Episode verwundert nicht zuletzt deshalb, da die SBB als bundesnaher Betrieb sich grundsätzlich auch an die Sprachenpolitik des Bundes zu halten haben, das heisst, die Mehrsprachigkeit zu pflegen haben und das Diskriminierungsverbot beachten müssen.

Am SBB-Hauptsitz in Bern stützt man die Aussage des Zürcher Ausbildungschefs trotzdem. «Grundsätzlich wird in Zürich in Schweizerdeutsch unterrichtet», sagt Konzernsprecher

Christian Ginsig. Damit wolle man aber keinesfalls andere Sprachgruppen diskriminieren. «Für das Erlernen des technischen Vokabulars ist ein sehr gutes Sprachverständnis unabdingbar», sagt Ginsig. Erfahrungen aus dem Berufsalltag der Lokführer hätten gezeigt, dass selbst deutsche Aspiranten mit dem technischen Vokabular der Schweizer Lokführer überfordert gewesen seien: «Der Bahnsteig ist das Perron, das Lichtsignal ein Hauptsignal und die Oberleitung eine Fahrleitung.» Da werde Sprache schnell einmal zum Sicherheitsfaktor, sagt Ginsig. Westschweizer oder Tessiner, die in Altstetten die Ausbildung zum Lokführer in Zürich machen wollten, müssten darum die Mundart beherrschen.

Das für die SBB zuständige Verkehrsdepartement (Uvek) kann sich nicht zum konkreten Fall äussern. «Wir haben uns jedoch von den SBB versichern lassen, dass die Bahn den im Sprachengesetz verankerten Grundsätzen folgt», sagt Uvek-Sprecherin Annetta Bundi.

Höchster Bauer und höchster Schweizer?

Gibt der Thurgauer SVP-Nationalrat Hansjörg Walter demnächst sein Amt als Präsident des Schweizer Bauernverbandes ab? Ein Rücktritt ist zumindest gut denkbar, schliesslich wird Walter im Herbst aller Voraussicht nach Präsident des Nationalrates – er wäre dann höchster Schweizer und höchster Bauer in Personalunion. Das wäre laut den Ausstandsregelungen für Bundesparlamentarier zwar erlaubt. Gleichwohl könnte Walter in diffizile Situationen geraten: Dann etwa, wenn der Nationalrat die Agrarpolitik 2017 diskutiert, eine landwirtschaftspolitische Weichenstellung für Jahre.

Walter äussert sich auf Anfrage unverbindlich: Er hätte keine Mühe, sagt er über sich selbst, auch eine Agrardebate sachlich zu leiten. Gleichzeitig wolle er Interessenkonflikte vermeiden. Eine Lösung des Problems sei in Arbeit, aber noch nicht ganz genau ausformuliert, teilt er mit. (bto.)